2022/39 Antifa

https://www.jungle.world/artikel/2022/39/der-wille-zum-wegsehen

In Amberg erinnert das Bündnis gegen das Vergessen an ein Mordopfer rechter Gewalt

Der Wille zum Wegsehen

Von **Korbinian Gmeinwieser**

Seit zwei Jahrzehnten kämpfen Antifaschistinnen und Antifaschisten im bayerischen Amberg um ein würdiges Erinnern an den 1995 von Neonazis ermordeten Klaus-Peter Beer. Nun erschien eine umfassende Broschüre über die langwierige Auseinandersetzung.

Der tödliche Angriff auf Malte C. am Rand des CSD in Münster zeigte in aller Drastik, dass Homo- und Transsexuelle hierzulande noch immer mit Hass und Gewalt konfrontiert sind. In der extremen Rechten stellt der Kampf gegen sexuelle Vielfalt ein ideologisches Kernelement dar, das sich immer wieder in Beleidigungen, Drohungen und gewaltsamen Übergriffen bis hin zu Mord niederschlägt. Wie im Fall von Klaus-Peter Beer, der in der Nacht zum 7. September 1995 im bayerischen Amberg von zwei Neonazis brutal ermordet wurde, weil seine Homosexualität nicht in ihr Weltbild passte.

Der gebürtige Amberger Beer besuchte damals seine Familie und traf in einer Gaststätte auf seine beiden späteren Mörder, Richard Lorenz und Dieter Müller. Sie beschlossen dort, wie sie später sagten, »es dem Schwulen zu zeigen«. Die beiden begleiteten Beer nach Hause. In einem Park schlugen sie ihn nieder und traten so lange gegen seinen Kopf und Körper, bis er bewusstlos war. Anschließend warfen sie ihn in die Vils, den Fluss, der durch Amberg fließt, in dem er ertrank.

> Die politisch Verantwortlichen Ambergs diskreditierten den Protest jahrelang und versuchten, etwa durch absurde Demonstrationsauflagen, ein Gedenken zu verhindern.

Beide Täter bewegten sich in der neonazistischen Musikszene Ambergs und waren bereits mehrfach wegen Gewaltdelikten vorbestraft. Nachdem sie unter anderem bei einem Konzert mit ihrer Tat prahlten, wurden sie gefasst und 1998 zu acht beziehungsweise zwölf Jahren Haft verurteilt. Während und nach seiner Haft stand Lorenz über die 2011 verbotene extrem rechte »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) im engen Kontakt mit Mandy S., der später vorgeworfen wurde, dem

Kerntrio der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) beim Untertauchen geholfen zu haben. Die Ermittlungen gegen sie und weitere mutmaßliche NSU-Unterstützerinnen und -Unterstützer wurden kürzlich eingestellt.

Über die Tat wurde unter der Bezeichnung »Vilsmord« bundesweit berichtet, doch in Amberg geriet sie schnell in Vergessenheit. Es gab kein offizielles Gedenken für Beer, er wurde nicht als Opfer rechtsmotivierter Gewalt anerkannt, und Behörden sowie Lokalpolitik leugneten, dass in Amberg eine rechte Szene überhaupt existiere. Seit langem bekämpft das Amberger Bündnis gegen das Vergessen diese Politik des Verdrängens und Ignorierens. Nun hat das Bündnis eine 70seitige Broschüre mit dem Titel »In Gedenken an Klaus-Peter Beer – Neonazistische Gewalt und antifaschistisches Erinnern in Amberg« veröffentlicht und bietet diese zum kostenlosen Download an.

Die Veröffentlichung widmet sich nicht nur Beers Leben und den neonazistischen Umtrieben in der Stadt, sondern auch den antifaschistischen Protesten gegen das Schweigen. 2003 gingen erstmals junge Antifaschistinnen und Antifaschisten auf die Straße, um ein würdiges Gedenken an Beer und ein aktives Vorgehen der Behörden gegen die in Amberg sehr umtriebige rechte Szene zu fordern. Sie stießen dabei größtenteils auf Unverständnis. Kaum jemand erinnerte sich acht Jahre nach der Tat überhaupt noch an den Mord. Während die einen den neonazistischen Charakter der Tat leugneten, verunglimpften andere die Protestierenden als Nestbeschmutzer. Die politisch Verantwortlichen der Stadt diskreditierten jahrelang den Protest und versuchten, etwa durch absurde Demonstrationsauflagen, ein Gedenken zu verhindern. Obwohl Amberg seit langem als wichtiger Veranstaltungsort der süddeutschen Rechtsrockszene galt und auch die gewaltsamen Übergriffe von rechts sich häuften, hieß es etwa 2002 in einer Pressemitteilung der Polizeidirektion und der Stadt Amberg: »Keine rechtsextremen Aktivitäten, aber immer mehr Ärger durch russischstämmige Aussiedler.«

Der Wille zum Wegsehen machte es der rechten Szene leicht, ihre Präsenz in Amberg weiter auszubauen. Mit dem neonazistischen Zusammenschluss Widerstand Amberg, der später unter dem Namen Nationale Sozialisten Amberg agierte, hatte sich eine örtliche Kameradschaft gebildet, die eng in bayern- und bundesweite Strukturen eingebunden war. So waren die Nationalen Sozialisten Amberg Teil des Freien Netzes Süd, eines Zusammenschlusses neonazistischer Kameradschaften aus ganz Süddeutschland. Vor allem durch die regelmäßig in Amberg und Umgebung stattfindenden Konzerte sowie deren Erlöse leisteten die Amberger Neonazis einen wichtigen Beitrag für diesen Zusammenschluss von Kameradschaften. Auch für Vorträge und Schulungen sowohl des Freien Netzes Süd als auch der NPD wurde Amberg immer öfter zum Ausweichort, wenn es in anderen Städten Absagen gab.

Anlässlich des 15. Todestags von Beer 2010 bildete sich ein Bündnis, um für ein würdiges Gedenken und gegen die Gewalt von rechts zu demonstrieren. Die politischen Reaktionen waren jedoch ernüchternd: Als eine von den Gewerkschaften gestiftete Gedenktafel von Neonazis gestohlen wurde, weigerte sich die Stadt zunächst, Anzeige zu erstatten, da die Tafel »von uns nicht genehmigt und auch nie offiziell übergeben« worden sei. Der damalige Oberbürgermeister von Amberg, Wolfgang Dandorfer (CSU), bezeichnete in einem Schreiben an den Verdi-Bezirk Oberpfalz die Kritik an der Stadt als Verleumdung

und behauptete, dass durch »die gezielte Wahl von Amberg als Ort der Auseinandersetzung mit einer in der Stadt selbst nicht vorhandenen organisierten neofaschistischen Szene« Aktivitäten der extremen Rechten erst provoziert würden.

Tatsächlich versuchten gewaltbereite Neonazis mehrmals, die Gedenkdemonstration im September 2010 anzugreifen. Statt gegen die Neonazis wurde jedoch gegen die Anmelderin der Demonstration ermittelt, da der Demonstrationszug entgegen den polizeilichen Auflagen angehalten habe – nämlich, als die Neonazis versuchten, diesen zu sprengen. Diese Ermittlungen wurden jedoch rasch eingestellt.

Erst 2020, 25 Jahre nach dem Mord an Beer, gelang es dem Bündnis gegen das Vergessen, öffentliche Anerkennung für das Geschehene zu erreichen. Bereits zu Jahresbeginn begannen die Vorbereitungen für zahlreiche Veranstaltungen, eine Kampagne in den -sozialen Medien und mehrere Kundgebungen. Die Aktivitäten zum 25. Todestag Beers und die umfangreiche mediale Berichterstattung lösten in Amberg eine breite Diskussion über den bisherigen Umgang mit dem Mord an Beer aus, der sich auch die politisch Verantwortlichen der Stadt nicht länger entziehen konnten. Kurz vor dem Todestag brachte die Stadt in der Nähe des Tatorts einen »Wegweiser der Demokratie« an, versehen mit bunten Aufschriften wie »Toleranz« und »Respekt«. In der begleitenden Pressemitteilung wurden Beer und die rechte Gesinnung seiner Mörder jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Wenige Wochen nach den Kundgebungen zum Todestag beschäftigte sich der Amberger Stadtrat erstmals mit Beers Ermordung und beschloss einstimmig, eine Gedenktafel am Tatort anbringen zu lassen. Der Beschluss ist mittlerweile sogar umgesetzt worden. Auch auf anderer Ebene zeigte der beharrliche antifaschistische Protest endlich Erfolg: Im Frühjahr vergangenen Jahres wurde bekannt, dass Beer nun in der polizeilichen Kriminalstatistik als Opfer rechtsmotivierter Gewalt geführt wird.

Die Broschüre steht unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: ***bayern.vvn-bda.de/2022/09/05/in-gedenken-an-klaus-peter-beer-neonazistische-gewalt-und-antifaschistisches-erinnern-in-amberg***

© Jungle World Verlags GmbH